

Friedensrepublik Österreich im Heimatland Erde

Eine Bestandsaufnahme. Ein Einspruch. Ein Programm.

Werner Wintersteiner

Eine Beobachtung ...

Daten und Fakten gibt es genug. Und sie werden in den Medien mit den entsprechenden Sorgenfalten präsentiert. Der Befund lautet: Unsere politische Kultur verfällt. Die politische Klasse ist korrupt. Die Chat-Skandale der ÖVP sprechen eine deutliche Sprache, aber politische Konsequenzen gibt es keine. Das Vertrauen in die Demokratie bricht ein, das zeigen jüngste Untersuchungen. Derzeit denken nur mehr 34 Prozent der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, der tiefste Wert seit Erhebungsbeginn 2018 – vor fünf Jahren waren es noch 64 Prozent.¹ Andere Erhebungen bescheinigen der österreichischen Bevölkerung eine besorgniserregende Wissenschaftsfeindlichkeit und Wissenschaftsignoranz.² Dazu passend die selbsternannten Wutbürger*innen, ständig im höchsten Erregungszustand, die bei allem, was ihnen zustößt, „denen da oben“, dem „System“ oder der „Lügenpresse“ die Schuld geben; darunter die Covid-Kritiker*innen, die sich als Opfer stilisieren, manche sogar schamlos mit Judensterne. Dass die Pandemie die Gesellschaft gespalten hat, gilt inzwischen als Tatsache. Und dann noch, immer stärker, immer selbstverständlicher, die fanatischen Ausländerfeinde, die ununterbrochen erzählen, mit welchen Geschenken hierzulande Flüchtlinge überhäuft würden, während „wir Einheimischen“ stets zurückgesetzt würden. Das Wort Migration wird oft überhaupt nur mehr mit dem epitheton ornans „illegal“ zusammen verwendet. Toleranz scheint in diesem Klima keinen Platz mehr zu haben. Wer etwa ein kritisches Wort zum Ukraine-Krieg wagt, wird gleich als „Putinverstehler“ abgetan. Das Wort „Friede“ droht zu einem Unwort zu werden. Zugleich gibt es solche, die tatsächlich, trotz aller Kriegsverbrechen Russlands, immer noch behaupten, es führe einen Verteidigungskrieg gegen den Westen. Die Erregung über Fridays for Future hat abgenommen, dafür steigt die Empörung über die verzweifelten Aktionen von Extinction Rebellion und Last Generation. Und es häufen sich Berichte von Menschen, die ohne sichtlichen Anlass ausrasten, andere bedrohen und attackieren. Die „Hemmschwelle im Straßenverkehr sinkt“ (Kleine Zeitung 28. 11., S. 16), niemand scheint sich mehr an Regeln zu halten, und manchmal müssen sogar die Railjets auf der Südbahn gestoppt werden, um Randalierer aus dem Zug zu holen.

... zwei Befunde

Oft wird für all diese Phänomene die multiple Krise verantwortlich gemacht, die Tatsache, dass viele Menschen sich ihr bisheriges Leben nicht mehr leisten können, die Angst vor dem

¹

<https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/nur-mehr-34-mit-politischem-system-zufrieden-1144.html>

² <https://materie.at/d/wissenschaftsfeindlichkeit/>

Krieg in Europa, vor neuen „Migrationswellen“, wie der rassistisch gefärbte Ausdruck lautet, die Angst vor einer neuen Pandemie, die verdrängte Angst vor den Folgen des Klimawandels usw. Die sozialen Gräben, die sich nun auftun, werden bedauert, und allseits wird die verloren gegangene Harmonie und Einheit beklagt. Unsere Regierung versucht, durch flächendeckende Ausschüttung verschiedener Förderungen ihr Image zu verbessern und die allgemeine Unzufriedenheit im Zaum zu halten.

Aber so einfach ist es nicht. Wir müssen die Spaltungserscheinungen nicht nur als ökonomisches, sondern auch als kulturell-politisches Phänomen begreifen. Wir müssen natürlich jede Verrohung der politischen Kultur kritisieren, doch wir sollten gesellschaftliche Polarisierungen nicht einfach verdammen, sondern als im Grunde normale Erscheinung demokratischen Lebens betrachten, dessen Kern es ja ist, die unvermeidlichen gesellschaftlichen Konflikte möglichst gewaltfrei auszutragen, aber eben – auszutragen.

Erinnern wir uns doch: Es gab einmal eine Zeit, da hat man hierzulande vor allem die „Windstille“ beklagt, wie der Titel eines Buchs von Anton Pelinka lautete.³ Gemeint war der Mangel an jeder politischen Streitkultur im Lande, und das Vorherrschen einer Einheitsmeinung, die alle Spaltungslinien zudeckte. Von Windstille redet man heute schon lange nicht mehr. Die Proteste des Pflegepersonals und der Eisenbahnerstreik Ende November 2022 zum Beispiel haben gezeigt, dass die Verteilungskämpfe härter werden. Und schon erheben sich nun warnende Stimmen, die die Gefahr einer großen gesellschaftlichen Spaltung sehen.

Im Prinzip ist es aber gut und richtig, dass politische Auseinandersetzungen offen ausgetragen werden. Freilich dürfen wir uns mit so einem allgemeinen Statement nicht zufrieden geben. Das Problem ist vielmehr, *wie* heute gestritten wird – und das zeigt in meinen Augen einen eklatanten Mangel an politischer Streitkultur. Chantal Mouffe verdanken wir die Unterscheidung zwischen agonistischem und antagonistischem Streit. Während der agonistische Streit der legitime Kampf um Hegemonie und Durchsetzung der eigenen, als richtig verstandenen Position ist, ist der antagonistische Streit auf die Vernichtung des Gegners aus. Und sehr häufig, so Mouffe, entsteht dieser Antagonismus aus der Verleugnung des Konflikts, aus dem Fehlen des Agonismus. Dieser, als das Projekt der radikalen und pluralistischen Demokratie, setzt hingegen die Existenz von Vielfalt, Pluralität und Konflikten voraus und sieht in ihnen die Daseinsberechtigung von Politik.⁴

Der Befund der heutigen Situation lautet also nicht: *Es gibt zu viel Streit*, sondern: *Es gibt keine demokratische Streitkultur*. Denn das Ziel einer symbolischen Solidargemeinschaft kann nur im Streit errungen werden. Das ist auch die einzige Chance einer zersplitterten und mutlos gewordenen Linken. Sie ist von zwei Seiten in die Mangel genommen worden – von dem sich inzwischen als politische Mitte gerierenden Rechtsradikalismus und von dem sich als weltoffen und liberal gerierenden Neoliberalismus. Und das hat ihr, wie man so sagt, die Schneid‘ abgekauft.

Die ideologische Machtübernahme des Rechtsradikalismus ...

Es hat ganz salopp, sozusagen frisch-fröhlich, begonnen. Dann ist aber schnell immer deutlicher geworden, worauf es hinausläuft. Es begann, wie mir scheint, damit, dass Jörg Haider hochkam, sportlich-angriffig im Stil, eine Politik mit hohem Unterhaltungsfaktor –

³ Anton Pelinka: Windstille. Klagen über Österreich. Wien/München: Medusa 1985.

⁴ Chantal Mouffe: Agonistik. Die Welt politisch denken. Frankfurt: Suhrkamp 2014.

eine Falle, in die auch der ihm kritisch gegenüberstehende Journalismus immer getappt ist. Der Inhalt seiner Kampagnen war immer das Schüren von Neid auf die „Privilegierten“ und ihre Privilegien, womit fast immer die gewerkschaftlich erkämpften Rechte gemeint waren, und die strikte Kritik an den „Anderen“, den „Ausländern“ oder den Kärntner Slowen*innen. Das Rezept war immer das gleiche: Er forderte den Verzicht auf verbrieftete Rechte gegen augenblickliche Vergünstigungen, die aber jederzeit wieder zurückgenommen werden könnten. Es war ein absolutes, rein emotionales „Wir“ gegen „die anderen“ als der ganze Inhalt seiner Politik, oder besser als Ersatz für jede positive Politik, von der ein verrohtes Klima und eine Radikalisierung der Mir-san-mir-Haltung geblieben sind. Letztlich ist es ihm und den Seinen gelungen, in der schwarz-blauen bzw. türkis-blauen Koalition Rechtsradikalismus und Rassismus mit Neoliberalismus zu einer Synthese zu bringen. Das fällt uns nur deswegen nicht gleich auf, weil das, was noch vor zwei, drei Jahrzehnten als extremistisch gegolten hat (man denke an die Protestaktionen des „Lichtermeers“⁵), wird heute bereits von der so genannten politischen Mitte vertreten.

... als Kehrseite des Neoliberalismus

Die *große Regression*⁶, die wir heute erleben, bietet in der Tat ein verwirrendes Bild: Liberale, Sozialist*innen und Grüne befürworten Waffenlieferungen an die Ukraine als einzigen Weg, rechte Leugner des Klimawandels und der Covid-Pandemie geben sich als Pazifisten.⁷ Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, meist gepaart mit sozialer Demagogie und einem vorgeblichen Eintreten für den „kleinen Mann“, nur die Kehrseite der neoliberalen Ideologie sind, nach der jeder sich selbst der Nächste ist. Wer im beinharten Konkurrenzkampf nicht gewinnt, ist selbst schuld. Wenn jeder seines eigenen Glückes Schmied ist, dann bleiben die Verhältnisse ausgeblendet, die verhindern, dass die breite Mehrheit ein glückliches Leben führen kann. Die rassistischen Parolen – *America first* (Trump), *Österreich zuerst* (Jörg Haider) oder, bereits unfreiwillig komisch, *Kärnten zuerst* (FPÖ Kärnten 2023) – sind im Grunde nur eine Variante der neoliberalen Ich-Aktien-Mentalität – *Ich zuerst*. Wir haben gelernt: *Geiz ist geil* und *Solidarität* ist ein Fremdwort. Es ist diese „Politik der Gleichgültigkeit“, von der Arno Gruen schon vor 25 Jahren in seinem Buch *Der Verlust des Mitgefühls* gesprochen hat.⁸

Die Notwendigkeit einer großen Erzählung...

Die Linke hat dieser Entwicklung bislang keine glaubhaften Alternativen entgegensetzen können. Das hat sicher viele Gründe, die hier nicht weiter analysiert werden können. Vielleicht ist es aber eine Mischung aus Populismus (Anpassung an rechte Positionen) und Weltfremdheit (abstraktes Festhalten an Prinzipien unter Leugnung konkreter Probleme), die diese Schwäche mit verursacht hat.

Was meines Erachtens auf jeden Fall fehlt, ist eine glaubwürdige „große Erzählung“, die – trotz gegenteiliger Behauptungen der postmodernen Ideologie – immer noch eine Grundvoraussetzung jeder Politik darstellt. Das Fehlen eines Konsenses über eine positive demokratische Idee, nein: das Fehlen einer solchen Idee überhaupt, das ist heute das Problem. Es sollte deshalb darum gehen, solch ein positives politisches Programm zu entwickeln und

⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Lichtermeer>

⁶ Heinrich Geiselberger (Hg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Frankfurt: Suhrkamp 2017.

⁷ Tut mir leid, es widerstrebt mir einfach, diese Gruppe zu gendern.

⁸ Arno Gruen: *Der Verlust des Mitgefühls. Über die Politik der Gleichgültigkeit*. München: dtv 1997.

im Ringen um politische Hegemonie allgemein konsensfähig zu machen. Das wäre ein agonistischer Vorstoß im Sinne von Chantal Mouffe, also ein Vorschlag, der parteiisch ist, Gegnerschaft hervorruft und sich nur in einem konflikthaften demokratischen Prozess durchsetzen könnte.

... von der Friedensrepublik Österreich im „Heimatland Erde“

Umwelt, Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit

Die Losung von der *Friedensrepublik Österreich im Heimatland Erde* – diese Doppelformel wäre in meinen Augen so ein Programm. Im Begriff der *Friedensrepublik* ist das Programm verdichtet und zusammengefasst. Es umfasst vier Säulen: soziale Gerechtigkeit als Grundlage des innergesellschaftlichen Friedens, Demokratisierung als gewaltfreie Konfliktaustragung, Neutralität und Friedenspolitik in der Außenpolitik, sowie Frieden mit der Natur, womit eine der wichtigsten Fragen der Menschheit überhaupt angesprochen wird – die Verhinderung der drohenden Vernichtung unserer Lebensgrundlagen durch die Klimakatastrophe, das Artensterben und andere Überschreitungen der „Leitplanken“ des Ökosystems der Erde. Zugleich verweist *Friedensrepublik* darauf, dass es sich um ein politisches Programm handelt, das nur insgesamt umgesetzt werden kann: ohne soziale Gerechtigkeit keine erfolgreiche Klimapolitik, ohne Demokratie kein sozialer Ausgleich usw. Der zweite Teil der Losung, *Heimatland Erde*, steht für die kosmopolitische Einbindung der Friedensrepublik Österreich. Innen- und Außenpolitik gehen ineinander über und müssen als Einheit betrachtet werden. Denn der Frieden ist unteilbar und ohne Weltfrieden kann es nirgends auf Dauer Frieden geben. Die Losung spricht die Verantwortung an, die wir in Österreich – wie in allen anderen Ländern – für das Ganze des Planeten Erde haben. Somit kommen *global citizenship*, als globale Verständigung der Menschen, Nationen und Staaten untereinander, und *planetary citizenship*, als ein Leben im Einklang mit der uns umgebenden Biosphäre, zusammen. Der Ausgangspunkt *Heimatland Erde* relativiert und kritisiert nationale Zwistigkeiten und fordert zu kosmopolitischen Friedenslösungen auf. Gerechtigkeit kann nur als globale Gerechtigkeit durchgesetzt werden. Die Friedensrepublik ist der Beitrag, den ein Land wie Österreich für den Erhalt des gemeinsamen Heimatlands Erde leisten kann.

Österreich als Gegebenheit und Chance

Die Leitlinie *Friedensrepublik Österreich im Heimatland Erde* ist nicht nur ein Programm, sondern auch eine Strategie, dieses Programm zu verwirklichen. Die Formulierung klingt neu, kann sich aber auf viele historische Ansätze stützen, um sie weiterzuführen: bezüglich der Abrüstung etwa auf den Thirring Plan, den Vorschlag zur Auflösung des Bundesheeres und des Umstiegs auf zivile Verteidigung, den der österreichische Physiker und Bundesratsabgeordnete Hans Thirring 1963, vor genau 60 Jahren, veröffentlicht hat. Die Leitlinie steht in der Tradition der Ächtung der Atomenergie, die der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf bewirkt hat; und sie knüpft an an erfolgreiche internationale Initiativen, an denen sich Österreich aktiv beteiligt hat wie die Kampagne zur Abschaffung der Landminen oder den Atomwaffen-Verbotsvertrag. Die Leitlinie passt zu Österreichs Bereitschaft, UNO Truppen für Friedenseinsätze zu stellen. Sie steht im Einklang mit den besten Traditionen österreichischer Diplomatie, die im Kalten Krieg zwischen Ost und West vermittelt hat und den UNO- und OSZE-Sitz Wien auch heute noch für Friedensgespräche, wie etwa das Atomabkommen mit dem Iran von 2015, nutzt. Der Status der freiwilligen immerwährenden Neutralität hat sich für diese Vermittlerrolle als

äußerst zweckmäßig und nützlich erwiesen und muss im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik wieder stärker ausgebaut werden.

Die Besonderheit Österreichs, nämlich als schwach gerüstetes, neutrales Land, umgeben von EU-Staaten, kann friedenspolitisch nur genutzt werden, wenn sie nicht als Makel gesehen wird, der überwunden werden sollte. Denn inzwischen erheben sich angesichts des Kriegs in der Ukraine immer wieder Stimmen, die laut über einen NATO-Beitritt nachdenken. Stattdessen können wir Österreichs Position als besondere friedenspolitische Chance nutzen, die anderen Staaten fehlt. Deswegen sollte im Sinne einer weitsichtigen europäischen Politik heute eigentlich die Ausweitung des Lagers der Neutralen und Blockfreien auf der Tagesordnung stehen.

Einen neuen Anfang wagen!

Es wäre eine Illusion zu meinen, diesem Projekt könnte ein schneller Erfolg beschieden sein. Es ist zunächst ein Aufruf zum Sammeln der Kräfte, zur Vereinigung der zersplitterten Widerstandsbewegungen, zur Suche nach einer gemeinsamen Vision. Mit der *Friedensrepublik Österreich im Heimatland Erde* sind die Umriss dieser Vision vorgezeichnet. Sie können und sollen modifiziert und verfeinert werden. Aber es kommt darauf an, einmal einen Anfang zu wagen.

Quelle: Erschienen in INTERNATIONAL I/2023, S. 5-7.